

Stellungnahme der ProDG-Fraktion/Freddy Cremer
Plenarsitzung vom 09.12.2014

Es gilt das gesprochene Wort!

Haushaltsdebatte 2015 – OB 30

Diskussionsrunde zu den Bereichen Unterricht und Erwachsenenbildung

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen,

Im vergangenen Jahr haben wir mehrere runde Geburtstage gefeiert, die für unsere dynamisch gewachsene Autonomie von grundlegender Bedeutung sind: 50 Jahre Sprachgrenze und Sprachengesetzgebung, die Einsetzung des RdK im Oktober 1973, die Übertragung der Gesetzgebungshoheit und die Einsetzung der ersten Exekutive im Jahre 1984. Und 1988 wurde der deutschsprachige Gerichtsbezirk Erster Instanz aus der Taufe gehoben.

Vor kurzem feierte das ZAWM Eupen seinen 50. Geburtstag.

Doch ein bedeutendes Ereignis ist im Jubiläumsjahr 2013 etwas stiefmütterlich behandelt worden; und zwar die Übertragung des Unterrichts an die Gemeinschaften im Jahre 1988. Seit über einem Vierteljahrhundert ist die DG alleine für die Gestaltung des Unterrichtswesens zuständig.

Ich glaube behaupten zu können, dass das Unterrichtswesen und die mittelständische Ausbildung zwei Zuständigkeiten sind, an denen sich exemplarisch der Mehrwert der Autonomie für die Menschen unserer Gemeinschaft darstellen lässt.

Auf die mittelständische Ausbildung werde ich nicht näher eingehen; dieses Themenfeld wird von meiner Kollegin Petra Schmitz beleuchtet.

Seit der Übernahme des Unterrichtswesens im Jahre 1988 hat die DG mustergültig bewiesen, dass sie komplexe Zuständigkeiten nicht nur verwalten, sondern auch wirklich gestalten kann und dass die Autonomie ein probates Mittel zur Sicherung der Lebensqualität der Menschen in unserer Gemeinschaft ist.

Bildung und Ausbildung gehörten und gehören auch in den kommenden Jahren zu den bedeutendsten politischen Prioritäten in der DG.

Aus einer Fülle von Beispielen werde ich nur sechs nennen, die dokumentieren welche Bedeutung der Bildungspolitik in unserer Gemeinschaft zukommt:

- Keine Gemeinschaft Belgiens investiert im Proporz zur Schülerzahl so viel Geld in das Unterrichtswesen wie die DG.
- Schulneubauten und Schulsanierungen werden entweder zu 100% oder zu 80% von der Gemeinschaft bezuschusst. In den vergangenen 10 Jahren sind insgesamt 227 Millionen Euro – Kollege Frank würde sagen über eine Viertelmilliarde - in den Schulbau geflossen.
- Vor sieben Jahren wurde damit angefangen, an allen Sekundarschulen Middle-Management-Strukturen einzuführen, die es

jeder Schule ermöglicht, den eigenen Schulentwicklungsprozess eigenverantwortlich zu gestalten.

- Alle Sekundarschulen wurden mit hochmodernen Schulmediotheken ausgestattet, die zu 100% von der DG finanziert werden.
- Durch das Förderdekret wurden 2009 gute Voraussetzungen für die Arbeit in den Förderschulen und für die Integration von Schülern mit Lernschwächen in Regelschulen geschaffen.
- Und obwohl es in der Startphase bedeutende infrastrukturelle und organisatorische Schwierigkeiten gegeben hat und noch gibt, bin ich davon überzeugt, dass der neu geschaffene Dienst KALEIDO nach der Überwindung dieser Startschwierigkeiten einen echten Mehrwert für Lehrlinge, Schüler, Lehrer, Ausbilder und Eltern bieten wird.

Dies sind nur einige Beispiele, die belegen, dass seit der Übertragung der Bildungspolitik Schritt für Schritt ein auf die Bedürfnisse unserer Schüler und Lehrer ausgerichtetes Unterrichtswesen geschaffen wurde

Und der vorliegende Haushalt, der das wichtigste Steuerungselement einer zielgerichteten, kohärenten und nachhaltigen Politik ist, garantiert, dass dieser Prozess systematisch fortgeführt werden kann. Denn ein gesunder Haushalt muss gewährleisten

1. dass bestehende Strukturen und Dienstleistungen erhalten bleiben;
2. dass eingeleitete Reformen fortgesetzt werden und
3. dass, wenn erforderlich, neue Initiativen ergriffen werden können

Und genau das ermöglicht der vorliegende Haushalt. Es werden im Gegensatz zu den anderen Teilstaaten Belgiens keine Dienstleistungen gestrichen oder gar Personen entlassen. Im Gegenteil, im Unterrichtswesen werden bedeutende Investitionen getätigt. Nur vier Beispiele:

- In den kommenden Jahren werden progressiv 100 zusätzliche Viertel-Stellen für Förderlehrer in den Primarschulen geschaffen.
- Seit Beginn dieses Schuljahres wurden zusätzliche Kindergärtner eingestellt und somit die Klassengröße abgesenkt
- Mit der Schaffung des neuen Dienstes KALEIDO wurden 8,5 neue Vollzeitstellen im psycho-medizinischen Bereich geschaffen.
- Bedeutende Mittel werden in die Implementierung der Rahmenpläne investiert.

Diese Maßnahmen sind alle aufeinander abgestimmt dank des vor zehn Jahren entwickelten bildungspolitischen Gesamtkonzepts, das in das Regionale Entwicklungskonzept integriert wurde.

Dabei möchte ich nichts beschönigen.

Vieles wurde in den vergangenen Jahren gemacht, vieles muss in den kommenden Jahren weiter gefestigt und weiterentwickelt werden.

Werte Kolleginnen und Kollegen, in einem zweiten Teil möchte ich kurz auf den von der CSP angekündigten Abänderungsvorschlag eingehen. Nach dem Krisendekret aus dem Jahre 2012 würden die Lehrer und Beamten mit dem angekündigten Indexsprung jetzt zum zweiten Mal zur Kasse gebeten. Über die gesamte Berufskarriere gesehen, verdienen die ostbelgischen Lehrer weniger als ihre Kollegen in den anderen Landesteilen. So könne die versprochene Aufwertung des Lehrerberufs nicht aussehen, heißt es in einer Pressemitteilung der CSP vom 5. Dezember und so sagte es gestern Kollege Frank.

Im Juli 2012 wurde infolge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise eine zeitlich befristete Sparmaßnahme getroffen, die von den Gewerkschaften als „so sozial verträglich wie möglich“ eingestuft wurde.

Nun hat die föderale Regierung für 2015 einen Indexsprung festgelegt, von dem die Gehälter aller Arbeitnehmer – auch die Gehälter der Lehrer und Beamten – betroffen sind.

Wenn die CSP heute fordert, dass die aus dem vom Föderalstaat beschlossenen Indexsprung resultierenden Minderausgaben der DG – die CSP spricht fälschlich von Mehreinnahmen – unmittelbar in eine Gehaltserhöhung oder eine vorzeitige Rücknahme der Sparmaßnahmen von 2012 münden sollen, scheint mir dieser Vorschlag der größten Oppositionspartei im Kontext der immer noch anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrise unrealistisch und sogar populistisch.

Es ist richtig, dass es einen geringfügigen Unterschied zwischen den Lehrergehältern in der DG zu den Gehältern in der FG und in der Flämischen Gemeinschaft gibt.

Aber – und das war auch schon in der Vergangenheit so – die CSP hat einen sehr selektiven und reduzierenden Blick auf dieses Thema.

Unredlich ist nämlich, dass in dieser Pressemitteilung der CSP unerwähnt bleibt, dass die Lehrereinstiegsgehälter in den Jahren 2009, 2013 und 2014 um insgesamt 10 % angehoben wurden, so dass die DG augenblicklich im Vergleich zu den anderen Gemeinschaften Belgiens deutlich höhere Lehrereinstiegsgehälter zahlt.

Unerwähnt bleibt in der CSP-Pressemitteilung auch, dass für Lehrer in der DG, die mit 59 Jahren noch im aktiven Dienst sind, im Jahre 2012 eine zusätzliche Biennale eingeführt wurde mit positiven Auswirkungen auf die Berechnung der Höhe der Pension. Hierbei handelt es sich um eine zeitlich unbefristete Maßnahme.

Unerwähnt bleibt auch, dass aufgrund der in der DG durchgeführten Baremenreform viel mehr Lehrer in das höchste Gehaltsbarema eingestuft werden. So verdient ein Sekundarschullehrer mit Master-Diplom, der in der DG in der Unterstufe unterrichtet, 26% mehr als sein Kollege in der Französischen Gemeinschaft.

Unerwähnt bleibt in der Pressemitteilung, dass die Lehrer in der DG bereits ein deutlich höheres Urlaubsgeld als in der FG erhalten.

Unerwähnt bleibt, dass in der DG die Möglichkeit der Altersteilzeit ab 55 Jahren eingeführt wurde.

Unredlich ist schlussendlich, dass nicht ALLE Rahmenbedingungen und Maßnahmen berücksichtigt werden, wenn der Vergleich zur Situation der Lehrer in Flandern und in der Französischen Gemeinschaft gezogen wird.

Werte Kolleginnen und Kollegen von der CSP, verstehen Sie mich nicht falsch. Selbstverständlich ist das Thema der Lehrergehälter kein Tabu-Thema. Aber, wenn man diese Diskussion führen möchte, dann sollte sie auf sachliche Art und Weise geführt werden und ALLE Aspekte dieser Thematik berücksichtigen. Populismus im Kontext von Haushaltsdebatten ist nicht das geeignete Mittel.

Ich bin aber auch zutiefst davon überzeugt, dass es ein großer Irrtum ist, das Thema der Lehreraufwertung auf diesen finanziellen Aspekt zu reduzieren.

Eine begleitete Berufseinstiegsphase, passgenaue Weiterbildungs- und Unterstützungsangebote für Lehrer, ein wertschätzendes Arbeitsumfeld, Möglichkeiten zur Gestaltung des Laufbahnendes (Karriereende), berufliche Aufstiegsmöglichkeiten, Stärkung der Autonomie der Schulen... das sind m.E. die zentralen Fragen, wenn es um das Thema der Aufwertung des Lehrerberufs geht.

Und genau mit diesen Fragen werden wir uns im Rahmen des bildungspolitischen Gesamtkonzepts und des II. REK beschäftigen müssen, wenn wir eine wirkliche und nachhaltige Aufwertung des Lehrerberufs anstreben.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Freddy Cremer

ProDG-Fraktion